Protokoll

über die ordentliche Sitzung des Gemeinderates

am 24. März 2023 im Gemeindeamtshaus Großgöttfritz (Sitzungssaal)

Beginn: 19.40 Uhr

Ende: 22.50 Uhr

Die Einladung erfolgte am 17. März 2023 durch Kurrende.

Anwesend waren:

Bürgermeister Hofbauer Johann

Vizebürgermeister Huber Christian

gf. GR Gruber Stefan

gf. GR Kolm Regina

GR Hochleitner Manuel

GR Gretz Robert

GR Fröschl Christian

GR Hofbauer Andreas

GR Heindl Bernhard

GR Zeitlinger Thomas

GR Steuerer Doris

GR Steuerer Sonja

GR Fröschl Karl

GR Pöll Erwin

GR Rehr Gerhard

GR Gerhard Rehr verlässt um 21.20 Uhr (vor Behandlung von TOP 5)
aus gesundheitlichen Gründen die Sitzung.

Anwesend waren außerdem:

Entschuldigt abwesend waren:

gf. GR Tüchler Günther

GR Tüchler Markus

GR Redl Daniel

gf. GR Maier Günther

Nicht entschuldigt abwesend waren:

Vorsitzender:

Bürgermeister Johann Hofbauer

Tagesordnung:

- Pkt.1: Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 16. Dezember 2022
- Pkt.2: Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2022
- Pkt.3: Bericht des Prüfungsausschusses über die letzte Gebarungseinschau am Gemeindeamt
- Pkt.4: 25. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes (Flächenwidmungsplan) der Gemeinde
- Pkt.5: Ansuchen des Verein „Jugend Rohrenreith“ um jährliche Vereinsförderung
- Pkt.6: Beschluss über Auflassung aus dem öffentlichen Gut der Gemeinde und Entwidmung als Gemeindestraße von Teilflächen des Grundstückes Nr. 3142/2, EZ 223, KG Großweißenbach sowie über Übernahme von Teilflächen des Grundstückes Nr. 92, EZ 13, KG Großweißenbach ins öffentliche Gut der Gemeinde in der KG Großweißenbach gemäß der Vermessungsurkunde GZ. 13604/22 der Dr. Döllner, Vermessung ZT GmbH, Zwettl
- Pkt.7: Beschluss über Auflassung aus dem öffentlichen Gut der Gemeinde einer Teilfläche des Grundstückes Nr. 1469/1, EZ 161 und von Teilflächen des Grundstückes Nr. 1469/12, EZ 161, KG Großgöttfritz sowie über Übernahme von Teilflächen des Grundstückes Nr. 130/4, EZ 190, ins öffentliche Gut der Gemeinde in der KG Großgöttfritz gemäß der Vermessungsurkunde GZ. 13623A/23 der Dr. Döllner Vermessung ZT GmbH, Zwettl
- Pkt.8: Beschluss über Ankauf des Grundstückes Nr. 215/8, EZ 46, KG Großweißenbach und von zwei Teilflächen (Trennstücken) des Grundstückes Nr. 230, EZ 10, KG Großweißenbach sowie über Übernahme des Trennstückes 1 ins öffentliche Gut der Gemeinde in der KG Großweißenbach gemäß der Vermessungsurkunde GZ. 13632/23 der Dr. Döllner, Vermessung ZT GmbH, Zwettl
- Pkt.9: Beschluss über Ankauf eines Grundstücksteiles in der KG Großweißenbach von Frau Renate Schrenk, Großweißenbach 29 und dessen Widmung dem öffentlichen Gut der Gemeinde in der KG Großweißenbach gemäß Vermessungsurkunde GZ.13526/22 der Dr. Döllner ZT GmbH, Zwettl
- Pkt.10: Auftragsvergabe für Schmutzwasser- und Regenwasserkanalsanierungsarbeiten in Großgöttfritz
- Pkt.11: Photovoltaikanlagenerrichtungen auf Gemeindegebäuden
- Pkt.12: Gemeindestraßen- und Güterwegebau im Jahr 2023

Verlauf der Sitzung:

Zu Punkt 1:

Das Sitzungsprotokoll über die Gemeinderatssitzung vom 16. Dezember 2022 wird vom Gemeinderat einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 2:

Zum Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2022 werden vom Bürgermeister die größten Haushaltsstellen vorgetragen und erläutert.

Der Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2022 wird einstimmig angenommen.

Während der öffentlichen Auflage des Rechnungsabschlusses wurden von Seiten der Bevölkerung keine Erinnerungen dazu eingebracht.

Das Sitzungsprotokoll zu TOP 2 der Gemeinderatssitzung vom 24. März 2023 wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 24. März 2023 einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3:

Die Vorsitzende des Prüfungsausschusses, GR Doris Steurer, berichtet über die am 22. März 2023 am Gemeindeamt durchgeführte, angekündigte Gebarungsprüfung und die dabei ebenfalls durchgeführte Überprüfung des Rechnungsabschlusses für das Haushaltsjahr 2022 und beantragt auf Grund der festgestellten ordnungsgemäßen Gebarung die Entlastung der Kassenverwaltung.

Die Kassenverwaltung wird vom Gemeinderat einstimmig entlastet.

Zu Punkt 4:

Der Bürgermeister bringt eine Übersicht über die geplanten Änderungen vor.

Der Entwurf der geplanten 25. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes war in der Zeit vom 12.12.2022 bis 23.01.2023 im Gemeindeamt Großgöttfritz öffentlich aufgelegt.

Während dieser Frist wurde eine schriftliche Stellungnahme eingebracht.

- Die Abteilung Wasserrecht und Schifffahrt (WA1, Amt der NÖ Landesregierung) teilt in ihrer Stellungnahme in Vertretung der Republik Österreich als Eigentümerin von Gewässergrundstücken im Gemeindegebiet von Großgöttfritz mit, dass gegen die vorgesehene Änderung des Örtlichen Raumordnungsprogrammes (Flächenwidmungsplan) grundsätzlich kein Einwand besteht. Es sei jedoch unbedingt darauf zu achten, dass entlang der Gewässer ausreichend breite Betreuungs- und Erhaltungsstreifen frei von jeglicher Verbauung gehalten werden. Die Lage und die Breite dieser Betreuungsstreifen möge mit der zuständigen Wasserbauverwaltung (Abteilung Wasserbau des Amtes der NÖ Landesregierung bzw. Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinerverbauung) festgelegt werden.

Im Rahmen des gegenständlichen Widmungsverfahrens befindet sich lediglich Änderungspunkt 10 im Nahbereich einer Gewässerfläche. Durch die geplante Umwidmung von Grünland-Freihaltefläche-Siedlungserweiterungsoption ist nach erfolgter Umwidmung vorerst keine Bebauung in diesem Bereich zulässig. Weiters wird zur Gewässerfläche ein ausreichender Abstand eingehalten (die rechtskräftige Widmung „Grünland-Land- und Forstwirtschaft“ wird in diesem – an die Gewässerfläche angrenzenden Bereich – beibehalten. Es lässt sich daher feststellen, dass durch die Umwidmungen keine Einschränkungen bzw. Änderungen hinsichtlich Betreuungs- und Erhaltungsstreifen erfolgen.

Am 02.03.2023 erfolgte ein Lokalaugenschein mit der zuständigen Amtssachverständigen für Raumordnung, der Juristin der Abt. RU1, Gemeindevertretern und des Ortsplaners in welcher die Änderungspunkte besprochen wurden.

Zu den Änderungspunkten 1, 5, 6 und 7 wurde im Rahmen der Besprechung und des Lokalaugenscheins notwendige Änderungen zum Auflageentwurf erarbeitet.

Diese Abänderungen zum Auflageentwurf sowie zusätzliche Informationen wurden bereits vorab an die Abteilung RU1 bzw. an die zuständige Amtssachverständige für Raumordnung übermittelt, welche bereits im Gutachten der Amtssachverständigen berücksichtigt wurden.

Vom Amt der NÖ Landesregierung wurde am 23.03.2023 das mit 15.03.2023 datierte Gutachten der zuständigen Amtssachverständigen der Abt. RU7 (Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten), Frau Dipl.-Ing. Helma Hamader, übermittelt. Diesem ist zu entnehmen, dass zu den Änderungspunkten 2, 3, 4 und 9 – 13 keine Widersprüche zu den Planungsvorgaben des NÖ ROG bestehen.

Zu Änderungspunkt 1 wird im Gutachten angeführt, dass eine punktuelle Baulandwidmung vorgesehen ist. Beim Lokalaugenschein und der Besprechung mit der Gemeinde wurden Optionen für eine kompakte Siedlungsentwicklung in diesem Bereich diskutiert.

Basierend darauf wurde vom Ortsplaner ein Entwurf mit Errichtung einer Stichstraße vom Hintausweg nach Westen mit einer beidseitigen Bebauung erstellt. Im Süden des Stichwegs könnten – unter Einbeziehung des bestehenden Baulandes im Westen – insgesamt vier Bauplätze geschaffen werden. Nördlich des Stichwegs – je nach Baulandtiefe – zwei bis drei Parzellen. Eine Sicherung der Erweiterungsflächen als Freihalteflächen ist im Zuge dieses Verfahrens nur im südlichen Bereich möglich. Ergänzend wurde von der Gemeinde zugesichert den nördlichen Bereich im Zuge des nächsten Verfahrens ebenfalls als Grünland-Freihaltefläche-Siedlungserweiterungsoption festzulegen. Für den geplanten Bauplatz (BW-Neuwidmung) wird eine vertragliche Sicherstellung beschlossen. Die Breite des Hintauswegs wird nun einheitlich mit 8,50 m festgelegt und der Verlauf des Hintauswegs begradigt. Darüber hinaus wurden die Standortvoraussetzungen vom Ortsplaner geprüft und dokumentiert. Im Gutachten wird geschlussfolgert, dass die Maßnahme der Deckung des Wohnbedarfs für den Bauwunsch einer Großgöttfritzer Jungfamilie dient. Bei Berücksichtigung des Gesamtkonzeptes für diesen Bereich entsprechend den vorgelegten Beschlussunterlagen dient die Maßnahme einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung.

Das im Rahmen der Besprechung mit der Amtssachverständigen in Kooperation mit dem Ortsplaner erarbeitete Gesamtkonzept mit Erschließungsstraße und Umkehrplatz wird in dieser Form zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Verfügbarkeit wird mittels Baulandmobilisierungsvertrag sichergestellt. Aufgrund der Änderung der Flächenwidmung nach der Auflage wurde eine Einverständniserklärung des betroffenen Grundeigentümers eingeholt.

Zu Änderungspunkt 5 wird im Gutachten angeführt, dass ein ortsansässiges Transportunternehmen eine Erweiterung nach Süden plant um die anfallenden Holzmengen zwischenzulagern. Beim Lokalausganschein wurde mit der Gemeinde und dem Ortsplaner eine alternative Variante des geplanten Lagerplatzes ausgearbeitet um einen Emissionsschutzwall für die gesamte Länge sicherzustellen. Ein entsprechender Entwurf wurde bereits ausgearbeitet und vorgelegt. Mit der Sicherstellung des Emissionsschutzes ist das Heranrücken der Betriebszone an die Wohnzone bis auf 25 m vertretbar. Für den Wall werden eine Breite von 10m und eine Höhe von 3,5m vorgesehen. Sowohl die Errichtung des Walls als auch eine Bepflanzung ist vertraglich zu vereinbaren. Als Schlussfolgerung wird angeführt, dass bei einem Beschluss entsprechend des ergänzten Entwurfs sowie dem Nachweis für die Sicherstellung der Errichtung, Bepflanzung und Pflege des Walles keine Widersprüche zu den Planungsrichtlinien des NÖ ROG bestehen.

Die gemäß Aussagen der Amtssachverständigen für Raumordnung abgeänderte Flächenwidmung (Erweiterung des Grünland-Lagerplatzes nach Westen und dementsprechende Erweiterung des Grünland-Grüngürtel-Emissionsschutzwalls-mit einer Breite von 10m) sowie Verlängerung des Grünland-Grüngürtels-Verkehrstrennung nach Süden) soll in dieser Form umgesetzt werden. Ebenso wurde ein Grünraumvertrag erstellt, der die Errichtung, Bepflanzung und Pflege des Walles sicherstellt. Aufgrund der Änderung der Flächenwidmung nach der Auflage wurde eine Einverständniserklärung des betroffenen Grundeigentümers eingeholt.

Zu Änderungspunkt 6 wird ausgeführt, dass der überwiegend bebaute Bereich im Südosten von Kleinweißenbach aufgrund der strukturellen Änderungen in der Landwirtschaft in das Bauland integriert werden soll. In Abweichung zu den Auflageunterlagen soll nunmehr der südliche, bebaute und von drei Seiten von Bauland umgebene Bereich als Bauland-Agrargebiet (ohne Zusatz) festgelegt werden. Nur jener Teilbereich, welcher tatsächlich im Übergangsbereich von Bauland ins Grünland situiert ist, wird mit der Zusatzbezeichnung „Hintaus“ ergänzt. Beide Bereiche unterliegen nicht den Beschränkungen der „Widmungsbremse“. Ein entsprechender Entwurf wurde bereits vorgelegt. Darüber hinaus wurden die Standortvoraussetzungen vom Ortsplaner geprüft und dokumentiert. Die Maßnahme dient der Standortsicherung für einen bestehenden Betrieb. Es bestehen keine Widersprüche zu den Planungsvorgaben des NÖ Raumordnungsgesetzes.

Die vorgesehene Abänderung zum Auflageentwurf (Abänderung eines Teils des Bauland-Agrargebiet-Hintaus in Bauland-Agrargebiet) soll, wie mit der Amtssachverständigen für Raumordnung besprochen, in dieser Form zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Hinsichtlich Änderungspunkt 7 wird angeführt, dass im Bereich der Liegenschaft „Sprögnitz 47“ ein zweites Wohnhaus für den familieneigenen Bedarf errichtet werden soll. Zur Verbesserung der Bauplatzsituation wird das Bauland geringfügig in der Tiefe erweitert. Eine entsprechende Zusammenlegung der Parzellen ist noch durchzuführen. Ergänzend wurde im Zuge der Auflage und der Besprechung vor Ort festgestellt, dass die Widmungsabgrenzungen im Bereich der Zufahrt nicht mit den Grundgrenzen

übereinstimmen. Diese werden entsprechend korrigiert und ein diesbezüglicher Planentwurf wurde bereits vorgelegt. Darüber hinaus wurden die Standortvoraussetzungen vom Ortsplaner geprüft und dokumentiert. Die Maßnahme dient der Innenverdichtung. Es bestehen keine Widersprüche zu den Planungsvorgaben des NÖ ROG.

Die Arrondierungswidmungen im Zufahrtsbereich werden umgesetzt. Weiters ist vorgesehen das Bauland-Agrargebiet parallel zur derzeit rechtskräftigen Baulandabgrenzung kleinstflächig im Südosten des Planungsgebietes zu verschieben, da aufgrund des Erdwärmeflächenkollektors des bestehenden Wohnhauses diese kleinstflächige Erweiterung des Bauland-Agrargebiets die Bebaubarkeit verbessern wird. Seitens des Grundeigentümers wurde bestätigt, dass eine Zusammenlegung durchgeführt wird. Der Antrag zur Zusammenlegung befindet sich bereits in Bearbeitung und wird nach Vorliegen den Gemeinderatsbeschlussunterlagen beigelegt bzw. nachgereicht. Aufgrund der Änderung der Flächenwidmung nach der Auflage wurde eine Einverständniserklärung des betroffenen Grundeigentümers eingeholt.

Bei Änderungspunkt 8 wird ausgeführt, dass die Firma Sonnentor aufgrund aktueller Bautätigkeiten den Parkplatz (bisher BB) verlegen muss. Im Nordosten des Betriebes konnten Flächen angekauft werden. Diese Flächen sowie Flächen der bisherigen Gärtnereiflächen des „Freihofes“ sollen nun im Nahbereich des Hintausweges als Parkplatz (Vp-ohne Gebäude) festgelegt werden. Von der ursprünglichen Bezeichnung „Freiluftparkplatz“ wird abgesehen, da dies baurechtlich keine eindeutige Definition zulässt. Um sicherzustellen, dass kein Konflikt der Option einer zukünftigen Errichtung einer PV-Anlage besteht, war die Zusatzbezeichnung noch baurechtlich abzuklären. Die große Fläche (rd. 7.000m² - 300 Stellplätze) resultiert aus den bisher als Parkfläche genutzten Bereichen sowie einer Reservefläche. Ergänzend wird im Bereich des Hintausweges eine etwas größere Breite (7,50 m) der Verkehrsfläche festgelegt (sofern verfügbar). Aufgrund der Nähe zum Betrieb und mangels alternativer Flächen wurde kein Standortvergleich durchgeführt. Als Schlussfolgerung wird ausgeführt, dass die Maßnahme der Sicherstellung ausreichender Stellplätze für die Mitarbeiter des nahe gelegenen Betriebes dient. Es bestehen keine Widersprüche zu den Planungsvorgaben des NÖ ROG.

Entsprechend der Ausführungen der Amtssachverständigen für Raumordnung wird der Verwendungszweck der privaten Verkehrsfläche auf „ohne Gebäude“ festgelegt.

Das Gutachten des zuständigen Amtssachverständigen für Naturschutz der Abteilung BD1, Herrn Dr. Werner Haas, datiert mit dem 11.01.2023, wurde mit dem Schreiben vom 18.01.2023 von der Abteilung RU1 übermittelt. Darin wird festgehalten, dass keine naturschutzrechtlichen Festlegungen durch die Änderungsvorhaben berührt werden. Es wurde eine Begutachtung durch das Büro Robert Schön beauftragt, dessen Ergebnisse nun vorliegen und die Verträglichkeit mit Artenschutzvorgaben bzw. die Naturverträglichkeit bestätigt. Die diesbezüglichen Ausführungen der Expertise sind nachvollziehbar. Ihnen kann durch den Fachbereich Naturschutz gefolgt werden. Somit kann mitgeteilt werden, dass keiner der 13 angestrebten Änderungspunkte am Flächenwidmungsplan nennenswerte Verletzungen raumordnungsrelevanter Naturschutzvorgaben hervorrufen kann.

Im Schreiben der Abt. RU1 (Bau- und Raumordnungsrecht) vom 23.03.2023 wird auf die Notwendigkeit der Vorlage des Baulandmobilisierungs- bzw. Gestaltungsvertrages bezüglich Änderungspunkte 1 und 5 und der Vorlage eines Nachweises der Grundstückszusammenlegung bei Änderungspunkt 7 hingewiesen. Bei Änderungspunkt 8 erscheint der Abt. RU1 die Formulierung „Vp-ohne Gebäude“ am treffendsten.

Der Baulandmobilisierungsvertrag für Änderungspunkt 1 und der Grünraumvertrag (Gestaltungsvertrag) für Änderungspunkt 5 werden anschließend behandelt. Die Zusammenlegung bei Änderungspunkt 7 ist derzeit in Bearbeitung und der Antrag auf Zusammenlegung wird den Beschlussunterlagen beigelegt bzw. nachgereicht. Die Funktionsbezeichnung der privaten Verkehrsfläche bei Änderungspunkt 8 wird auf „ohne Gebäude“ abgeändert.

Der Herr Bürgermeister stellt nunmehr den Antrag, den folgenden für den Änderungspunkt 1 erforderlichen Baulandmobilisierungsvertrag zur Sicherstellung der Verfügbarkeit der neuen Wohnbaulandflächen zwischen der Marktgemeinde Großgöttfritz und den betroffenen Grundeigentümern zu beschließen:

- KG Großgöttfritz: Parz. 164 (Einlagezahl 18), Elisabeth Bauer, geb. 15.06.1988 wohnhaft in 3913 Großgöttfritz 18 und Frau Bettina Gruber, geb. 31.05.1995, wohnhaft in 3913 Großgöttfritz 18

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Weiters stellt der Herr Bürgermeister den Antrag den folgenden für Änderungspunkt 5 erforderlichen Grünraumvertrag zur Sicherstellung der Errichtung eines Emissionsschutzwalls zwischen der Marktgemeinde Großgöttfritz und dem betroffenen Grundeigentümer zu beschließen:

- KG Großweißenbach: Parz. 383 (Einlagezahl 266), Firma Hengstberger Holding GmbH (FN 135959) mit Firmensitz in 3913 Großgöttfritz 35

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Abänderungen zum aufgelegten Entwurf:

(Die dementsprechend abgeänderten Plandarstellungen liegen den Gemeinderatsbeschlussunterlagen als Beilage bei.)

ÄP1: Im Unterschied zum Auflageentwurf wird nunmehr westlich des geplanten Bauplatzes (Bauland-Wohngebiet) Grünland-Freihaltefläche-Siedlungserweiterungsoption festgelegt. Weiters wird im Bereich des bestehenden Güterwegs ein funktionsgerechter Umkehrplatz (öffentliche Verkehrsfläche) vorgesehen. Das geplante Bauland-Wohngebiet wird kleinflächig im Nordwesten erweitert, da diese Fläche seitens der Gemeinde nicht für die Erschließung benötigt wird.

ÄP5: Der Grünland-Lagerplatz soll nach Westen hin bis zu einem neu geplanten Grünland-Grüngürtel-Verkehrstrennung erweitert werden. Durch die Neuweisung des Grünland-Grüngürtel-Verkehrstrennung wird eine Ausfahrt auf die Landesstraße unterbunden. Der Grünland-Grüngürtel südlich des Grünland-Lagerplatzes wird mit der Funktionsbezeichnung „Emissionsschutzwall-10m“ festgelegt. Dadurch wird die Breite mit 10m festgelegt und ein Wall ermöglicht.

ÄP6: Aufgrund der Anmerkungen der Amtssachverständigen für Raumordnung wird ein Großteil des im Auflageplan vorgesehenen „Bauland-Agrargebiet-Hintaus“ als „Bauland-Agrargebiet“ ausgewiesen.

ÄP7: Zur Erreichung einer parzellenscharfen Widmungsabgrenzung wird im Bereich der Zufahrt der Liegenschaft das öffentliche Gut als öffentliche Verkehrsfläche festgelegt. Weiters erfolgt eine kleinflächige Arrondierungswidmung im Bereich der Parzelle 6. Die Widmungsgrenze des neuen Bauland-Agrargebietes wird im Südosten kleinstflächig erweitert und nunmehr parallel zur derzeit rechtskräftigen Baulandgrenze nach Südosten verschoben.

ÄP8: Der Verwendungszweck der privaten Verkehrsfläche wird von „Freifluftparkplatz“ in „ohne Gebäude“ abgeändert.

Die 25.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes soll mittels 2 Verordnungen beschlossen werden. Die Änderungspunkte 1 – 6 und 8 – 13 stellen hierbei Verordnung A dar und Änderungspunkt 7 soll als Verordnung B beschlossen werden um eine etwaige Verzögerung der übrigen Änderungspunkte aufgrund des erforderlichen Antrags zur Zusammenlegung des Grundstückseigentümers zu verhindern.

Aufgrund von Befangenheit bei Änderungspunkt 2 verlässt der geschäftsführende Gemeinderat Stefan Gruber den Sitzungssaal für die Beschlussfassung von Verordnung A.

Aufgrund von Befangenheit bei Änderungspunkt 6 verlässt Gemeinderat Andreas Hofbauer den Sitzungssaal für die Beschlussfassung von Verordnung A.

Der Herr Bürgermeister stellt den Antrag, die 25. Änderung des Flächenwidmungsplans unter Berücksichtigung der oben angeführten Änderungen bei den Änderungspunkten 1, 5, 6, und 8 mittels folgender Verordnung A zu beschließen:

Verordnung A:

§ 1 Auf Grund des § 25 Abs. 1 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, LGBL. 3/2015 i.d.g.F., wird das örtliche Raumordnungsprogramm dahingehend abgeändert, dass für die auf der hiezu gehörigen Plandarstellung rot umrandeten Grundflächen in den **Katastralgemeinden Großgöttfritz, Großweißenbach, Kleinweißenbach, Rohrenreith und Sprögnitz** die auf der Plandarstellung durch rote Signatur dargestellte Widmungsart festgelegt wird.

§ 2 Die Plandarstellungen, die gemäß § 2 Zi. 3d der Planzeichenverordnung, LGBL. 8000/2-0, als Schwarz-Rot-Darstellung ausgeführt und mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen sind, liegen im Gemeindeamt Großgöttfritz während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 3 Diese Verordnung tritt nach ihrer Genehmigung durch die NÖ Landesregierung und nach ihrer darauffolgenden Kundmachung mit dem auf den Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Abstimmungsergebnis: Der Gemeinderat beschließt mit 10 JA-Stimmen, bei 3 Gegenstimmen von GR Karl Fröschl, GR Erwin Pöll und GR Gerhard Rehrl die Verordnung A für die 25. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes (Flächenwidmungsplans).

Der Herr Bürgermeister stellt den Antrag, die 25. Änderung des Flächenwidmungsplans unter Berücksichtigung der oben angeführten Änderungen bei dem Änderungspunkt 7 mittels folgender Verordnung B zu beschließen:

Verordnung B:

§ 1 Auf Grund des § 25 Abs. 1 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, LGBL. 3/2015 i.d.g.F., wird das örtliche Raumordnungsprogramm dahingehend abgeändert, dass für die auf der hiezu gehörigen Plandarstellung rot umrandeten Grundflächen in der **Katastralgemeinde Sprögnitz** die auf der Plandarstellung durch rote Signatur dargestellte Widmungsart festgelegt wird.

§ 2 Die Plandarstellungen, die gemäß § 2 Zi. 3d der Planzeichenverordnung, LGBL. 8000/2-0, als Schwarz-Rot-Darstellung ausgeführt und mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen sind, liegen im Gemeindeamt Großgöttfritz während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 3 Diese Verordnung tritt nach ihrer Genehmigung durch die NÖ Landesregierung und nach ihrer darauffolgenden Kundmachung mit dem auf den Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Abstimmungsergebnis: Der Gemeinderat beschließt mit 15 JA-Stimmen einstimmig die Verordnung B für die 25. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes (Flächenwidmungsplans).

Zu Punkt 5:

Der Bürgermeister verliert das Ansuchen der Jugend Rohrenreith um eine Vereinsförderung.

Der Gemeinderat beschließt mit 14 JA-Stimmen einstimmig das Ansuchen des Vereines „Jugend Rohrenreith“ mit einer Subvention von 150 Euro für das Jahr 2023 zu fördern. Diese Förderung soll gemäß dem Beschluss auch in den Folgejahren in der Höhe der jeweils geltenden „Allgemeinen Vereinsförderung der Gemeinde“ solange der Verein besteht, ausbezahlt werden.

Zu Punkt 6:

Beschluss über Auflassung aus dem öffentlichen Gut der Gemeinde und Entwidmung als Gemeinestraße von Teilflächen des Grundstückes Nr. 3142/2, EZ 223, KG Großweißbach sowie Übernahme von Teilflächen des Grundstückes Nr. 92, EZ 13, KG Großweißbach ins öffentliche Gut der Gemeinde in der KG Großweißbach gemäß der Vermessungsurkunde GZ. 13604/22 der Dr. Döllner, Vermessung ZT GmbH, Zwettl

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die in der Vermessungsurkunde der Dr. Döller, Vermessung ZT GMBH, 3910 Zwettl, GZ. 13604/22 als Trennstücke 1 und 3 ausgewiesene Teilflächen des Grundstückes Nr. 3142/2, EZ 223, KG Großweißenbach, als öffentliches Gut der Gemeinde aufzulassen und als Gemeindestraße zu entwidmen.

Weiters wird einstimmig beschlossen die in der Vermessungsurkunde der Dr. Döller, Vermessung ZT GMBH, 3910 Zwettl, GZ. 13604/22 als Trennstücke 2 und 4 ausgewiesene Teilflächen des Grundstückes Nr. 92, EZ 13, KG Großweißenbach, ins öffentliche Gut der Marktgemeinde Großgöttfritz in der KG Großweißenbach zu übernehmen.

Die genannte Vermessungsurkunde, die mit einem Hinweis auf diesen Beschluss versehen ist, liegt im Gemeindeamt Großgöttfritz zur Einsichtnahme auf. Gegen eine Verbücherung gemäß § 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz, BGBl.Nr. 3/1930 idgF. besteht kein Einwand.

Zu Punkt 7:

Beschluss über Auflassung aus dem öffentlichen Gut der Gemeinde einer Teilfläche des Grundstückes Nr. 1469/1, EZ 161 und von Teilflächen des Grundstückes Nr. 1469/12, EZ 161, KG Großgöttfritz sowie über Übernahme von Teilflächen des Grundstückes Nr. 130/4, EZ 190, ins öffentliche Gut der Gemeinde in der KG Großgöttfritz gemäß der Vermessungsurkunde GZ. 13623A/23 der Dr. Döller Vermessung ZT GmbH, Zwettl

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die in der Vermessungsurkunde der Dr. Döller, Vermessung ZT GMBH, 3910 Zwettl, GZ. 13623A/23 als Trennstücke 1 und 3 ausgewiesenen Teilflächen des Grundstückes Nr. 1469/12, EZ 161 und die als Trennstück 6 ausgewiesene Teilfläche des Grundstückes Nr. 1469/1, EZ 161 KG Großgöttfritz, als öffentliches Gut der Gemeinde aufzulassen und zu entwidmen.

Weiters wird einstimmig beschlossen die in der Vermessungsurkunde der Dr. Döller, Vermessung ZT GMBH, 3910 Zwettl, GZ. 13623A/23 als Trennstücke 2 und 5 ausgewiesene Teilflächen des Grundstückes Nr. 130/4, EZ 190, KG Großgöttfritz, ins öffentliche Gut der Marktgemeinde Großgöttfritz in der KG Großgöttfritz zu übernehmen.

Die genannte Vermessungsurkunde, die mit einem Hinweis auf diesen Beschluss versehen ist, liegt im Gemeindeamt Großgöttfritz zur Einsichtnahme auf. Gegen eine Verbücherung gemäß § 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz, BGBl.Nr. 3/1930 idgF. besteht kein Einwand.

Zu Punkt 8:

Beschluss über Ankauf des Grundstückes Nr. 215/8, EZ 46, KG Großweißenbach und von zwei Teilflächen (Trennstücken) des Grundstückes Nr. 230, EZ 10, KG Großweißenbach sowie über Übernahme des Trennstückes 1 ins öffentliche Gut der Gemeinde in der KG Großweißenbach gemäß der Vermessungsurkunde GZ.13632/23 der Dr. Dölller, Vermessung ZT GmbH, Zwettl

Der Gemeinderat beschließt einstimmig den Ankauf des Grundstückes Nr. 215/8, EZ 46, KG Großweißenbach von Willibald Steininger, Großweißenbach 47 im Ausmaß von 285 m² sowie den Ankauf des Trennstückes 2 des Grundstückes Nr. 230, EZ 10, KG Großweißenbach von Josef Hanny, Großweißenbach 10 im Ausmaß von 190 m² zu einem Preis von jeweils € 14,00 pro m² Grund und den Ankauf des Trennstückes 1 des Grundstückes Nr. 230, EZ 10, KG Großweißenbach im Ausmaß von 103 m² von Josef Hanny, Großweißenbach 10 zu einem Preis von € 1,-- pro m² Grund gemäß der Vermessungsurkunde GZ. 13632/23 der Dr. Dölller, Vermessung ZT GmbH, Zwettl.

Der Gemeinderat beschließt weiters einstimmig das in der Vermessungsurkunde der Dr. Dölller, Vermessung ZT GMBH, 3910 Zwettl, GZ.13632/23 als Trennstück 1 ausgewiesene Teilfläche des Grundstückes Nr. 230, EZ 10, KG Großweißenbach ins öffentliche Gut der Gemeinde in der KG Großweißenbach zu übernehmen.

Die genannte Vermessungsurkunde, die mit einem Hinweis auf diesen Beschluss versehen ist, liegt im Gemeindeamt Großgöttfritz zur Einsichtnahme auf. Gegen eine Verbücherung gemäß § 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz, BGBl.Nr. 3/1930 idgF. besteht kein Einwand.

Zu Punkt 9:

Beschluss über Ankauf eines Grundstücksteiles in der KG Großweißenbach von Frau Renate Schrenk, Großweißenbach 29 und dessen Widmung dem öffentlichen Gut der Gemeinde in der KG Großweißenbach gemäß Vermessungsurkunde GZ.13526/22 der Dr. Dölller ZT GmbH, Zwettl

Der Gemeinderat beschließt einstimmig den Ankauf eines Grundstücksteiles des Grundstückes Nr. 206, EZ 287, KG Großweißenbach (Trennstück 1 gemäß der Vermessungsurkunde GZ. 13526/22 der Dr. Dölller ZT GmbH, Zwettl) von Frau Renate Schrenk, Großweißenbach 29 um den Pauschalbetrag von € 750,-- .

Der Gemeinderat beschließt weiters einstimmig die in der Vermessungsurkunde der Dr. Dölller, Vermessung ZT GMBH, 3910 Zwettl, GZ. 13526/22 als Trennstück 1 ausgewiesene Teilfläche des Grundstückes Nr. 206, EZ 287, ins öffentliche Gut der Gemeinde in der KG Großweißenbach zu übernehmen.

Die genannte Vermessungsurkunde, die mit einem Hinweis auf diesen Beschluss versehen ist, liegt im Gemeindeamt Großgöttfritz zur Einsichtnahme auf. Gegen eine Verbücherung gemäß § 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz, BGBl.Nr. 3/1930 idgF. besteht kein Einwand.

Zu Punkt 10:

Beim Anwesen Emmerich-Gertrud Loimayer, Großgöttfritz 77 senkt sich der SW-Kanal und dadurch auch die Landestraße. Es handelt sich dabei um den Hauptkanalstrang von Großgöttfritz nach Rohrenreith bzw. zur Kläranlage. An dieser Stelle befindet sich der SW-Kanal auf einer Tiefe von ca. 3,00 m. Durch die Straßenquerung auch des RW-Kanals und der Wasserleitung in diesem Bereich ergibt sich ein sehr aufwändiges Sanierungsverfahren. Dies erfordert eine Totalsperre bzw. zumindest Teilsperre der L 8262 in Großgöttfritz. Die voraussichtliche Bauzeit wird auf ca. 14 Tage geschätzt. Der optimale Zeitpunkt für die Sanierungsarbeiten wäre in den Sommerferien 2023. Ein Sanierungskonzept samt Angebot wurde seitens der Fa. Strabag AG, 3532 Rastenfeld 206, übermittelt. Die Angebotssumme für die Arbeiten beträgt € 95.661,89 + 20 % MwSt., und es wurde auch die Mithilfe des Gemeindebauhofes bei den Arbeiten vereinbart.

Das vorliegende Angebot der Fa. Strabag AG – 3532 Rastenfeld 206 vom 20.03.2023 in der Höhe von € 95.661,89 + 20 % MwSt., wird einstimmig beschlossen und die Fa. Strabag AG, 3532 Rastenfeld 206 mit den dringlichen Sanierungsarbeiten beauftragt.

Zu Punkt 11:

Es wird über die geplante Errichtung von Photovoltaikanlagen am Gemeindeamtshaus und am FF-Haus Kleinweißenbach mit jeweils ca. 20 KWpeak beraten. Angebote werden bei den Firmen Elektro Herbert Müllner aus Großweißenbach und dem Raiffeisen Lagerhaus Zwettl eingeholt. Bei der Arbeitsausführung soll auch ein Umschalter zur Notstromversorgung für die Gebäude installiert werden. Die Auftragsvergabe für die Anlagenerrichtungen erfolgt sodann im Gemeindevorstand.

Zu Punkt 12:

Der Bürgermeister verliert die auf Grund des Ausmaßes der jeweiligen KG-Flächen zugewiesenen Beträge sowie die im Jahr 2023 zur Verfügung stehenden Wegebudgets der einzelnen KG`s.

Katastralgemeinde	Zuweisung 2023 in €	Vorjahresrest in €	Summe im Jahr 2023 in €
Großgöttfritz	24.540,00	51.029,00	75.569,00
Großweißenbach	40.000,00	39.016,00	79.016,00
Kleinweißenbach	18.175,00	60.991,00	79.166,00
Rohrenreith	18.175,00	25.717,00	43.892,00
Sprögnitz	18.175,00	25.175,00	43.350,00
Reichers	11.810,00	32.433,00	44.243,00
Frankenreith	11.810,00	-16.055,00	-4.245,00
Engelbrechts	11.810,00	51.359,00	63.169,00
	154.495,00	269.665,00	424.160,00

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Aufteilung des Wegebaubudgets für das Jahr 2023 auf die einzelnen Katastralgemeinden der Gemeinde gemäß dem in der vorstehenden Tabelle angeführten Aufteilungsschlüssel.

Dieses Sitzungsprotokoll wurde in der Gemeinderatssitzung am .....
genehmigt - abgeändert - nicht genehmigt.

Bürgermeister

Schriftführer

Gemeinderat

Gemeinderat

Gemeinderat

Gemeinderat